

**Protokoll:**

Dr. Pieper (FDP) erläutert mündlich die Antragsbegründung. Die FDP-Fraktion bitte, bei der Installation von Schildern darauf zu achten und zu prüfen, ob überhaupt die Wahrnehmungsmöglichkeit des Verkehrsteilnehmers möglich sei. Denn das, was sich in der Oberen Löhr abspiele, sei einfach nicht verkraftbar.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahme der Verwaltung (ST/0188/2010) vor. Auf Anfrage erklärt er zur weiteren Verfahrensweise, die Eindeutigkeit der Verkehrsbeschilderung der Oberen Löhr führe ganz einfach dazu, dass man den Antrag zwar zur Kenntnis nehme, aber man auf Grundlage der jetzigen Situation keinen Handlungsbedarf sehe. Zur Zuständigkeit merkt er an, es handle sich dabei um eine klassische Auftragsangelegenheit.

Dr. Pieper (FDP) macht darauf aufmerksam, dass der Presse zu entnehmen sei, dass der Richter im Urteil klar gesagt habe, der Widerspruchsführer habe mit seiner Begründung recht, darum parke er dort grundsätzlich auch nicht. Dies lese die Bevölkerung. Der Rat könne hier natürlich auf rechtlicher Basis diskutieren, nur wenn man sich die angesprochene Beschilderung einmal anschau, dann seien dies Dinge, die einfach nicht gingen. Dann müsse man eine einheitliche Lösung finden für die gesamte Obere Löhr.

Rm Assenmacher (CDU) äußert, wenn das Thema Obere Löhr aufgerufen werde, dann erinnere er daran, dass die Verwaltung seit ungefähr 2 ½ Jahren eine Regelung verspreche dahingehend, dass das Anwohnerparken tagsüber in der Oberen Löhr nicht mehr stattfinden könne. Die Obere Löhr, die man einmal über 4 Jahre erkämpft habe, dass überhaupt dort geparkt werden könne, werde inzwischen zu normalen Tageszeiten fast mehrheitlich für Anwohnerparken genutzt und nicht mehr für Geschäftsbesucher, was eigentlich Sinn der halbstündigen Parkregelung gewesen sei. Deswegen erinnere er in dem Zusammenhang an diese Regelung. Diese sei ohne Beschilderung umzusetzen und man müsse es einfach nur umsetzen wollen.

Rm Schupp (FDP) nimmt Bezug auf die umfangreiche Darlegung sämtlicher Schilder mit deren Nummernbezeichnung. Dies ändere aber nichts an der Tatsache, dass man in Koblenz einen unerträglichen Schilderwald habe. Es ginge in dem Antrag überhaupt nicht nur um die Obere Löhr und die dort vorgetragenen Schilder, sondern es ginge allgemein um die Beschilderung in Koblenz. Auch wenn er gleich Widerspruch bekomme, weil die Verkehrsbehörde es anders sehe, vertrete der ADAC es in seinen Untersuchungen wiederum anders, nämlich das in Gesamtdeutschland zig Prozent der Schilder überflüssig seien. Nichts anderes bezwecke die FDP-Fraktion mit diesem Antrag, nämlich dass einmal ernsthaft geprüft werde, wo ein Schild entfernt werden könne, weil es nicht dort sein müsse.

Rm Henchel (FDP) erläutert zum Hinweis des Rm Assenmacher (CDU), dass ihm auch schon die Problematik mit dem Anwohnerparken aufgefallen sei. Er würde gerne den Antrag stellen, diese Thematik in den entsprechenden Fachausschuss zu verweisen, damit man dort ausgiebig über die Angelegenheit diskutieren könne.

Beigeordneter Prümm vertritt die Auffassung, im Fachausschuss habe dieser Antrag zur Beratung überhaupt nichts zu tun, weil man zum einen eine Staatliche Auftragsangelegenheit wahrnehme und zum anderen habe Rm Dr. Pieper klar und deutlich die Daten aufgezählt, an denen die Beschilderung aufgestellt gewesen sei. Dabei habe es sich um die mobile Beschilderung im Rahmen des Schängelmarktes gehandelt. Auf der anderen Seite habe die Verwaltung auch einmal

zugesagt, man werde den Schilderwald in der Stadt kontrollieren. Er habe aber in seiner Stellungnahme auch deutlich darauf hingewiesen, dass man dies im Rahmen der personellen Möglichkeiten tun werde.

Bezüglich des Anwohnerparkens sei man auf Grund der Baustellen im Moment in der misslichen Situation, dass man Probleme haben werde, auch noch eine Straße für Anwohnerparken tagsüber zu sperren. Aus diesem Grund werde man das eine oder andere Problem neu anfassen, sobald die personelle Situation dies zulasse. Dann werde man feststellen können, dass entsprechende Verkehrsschilder entfernt würden.

Rm Schupp (FDP) regt an, die Straßenverkehrsbehörde solle sich in der Angelegenheit an den ADAC wenden, um Unterstützung zu erhalten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen merkt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig an, nichts spreche gegen die Vorschlag, dass die Verwaltung mit der ADAC-Ortsgruppe Kontakt aufnehme, um festzustellen, ob es mögliche sachgerechte Verbesserungsvorschläge gebe. Danach könne im Fachbereichsausschuss IV darüber berichtet werden.